



Information

Potsdam, 09.09.2015

**Bericht des Oberbürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung
am 9. September 2015**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Sehr geehrte Damen und Herren,
folgende Themen möchte ich Ihnen heute vorstellen:

- Beurlaubung des Baubeigeordneten
- Zunahme der Flüchtlingszahlen und Unterbringung in Potsdam
- Reise nach Ungarn
- Bauarbeiten in der Straße „Zum Kirchsteigfeld“ (auf Wunsch Fraktion Die Linke)

Beurlaubung des Baubeigeordneten

Nach der wochenlangen Berichterstattung in den Medien über das Bauvorhaben von Herrn Klipp und den im Hauptausschuss aufgetretenen Fragen hatte ich die Leiterin des Fachbereichs Recht, Personal und Organisation sowie den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes beauftragt, die in der Stadtverwaltung zu diesem Vorgang vorhandenen Akten und den Schriftverkehr zu sichten und mir einen Bericht zu erstellen.

Nach Vorlage der Fakten habe ich nach Anhörung von Herrn Klipp den Baubeigeordneten am 31. August mit sofortiger Wirkung für drei Monate beurlaubt und die Prüfung eines Disziplinarverfahrens eingeleitet.

Neben der dauernden Berichterstattung in den Medien, die das Ansehen der Stadtverwaltung im Allgemeinen und der Bauverwaltung im Besonderen zu beschädigen drohte, und der Einleitung von Ermittlungen wegen des Verdachts einer falschen eidesstattlichen Versicherung war für mich ausschlaggebend, dass Herr Klipp entgegen seiner Aussagen, die er sowohl mir als auch Ihnen gegenüber aufgestellt hat, sein Bauvorhaben persönlich mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprochen hat. Herr Klipp hat außerdem bereits vor dem bisher von ihm angegebenen Zeitpunkt über die Probleme der Größe seines Hauses im Zusammenhang mit der Widmung eines Teils seines Grundstücks als öffentliche Verkehrsfläche Bescheid gewusst.

Die Umstände lassen leider den dringenden Verdacht zu, dass Herr Klipp seine dienstliche Stellung zu seinem eigenen Vorteil ausgenutzt hat, und dass seine Aussagen in Teilen unrichtig sind.

Ich halte dieses Verhalten nicht vereinbar mit der Ausübung des Amtes eines Baubeigeordneten. Ein Beigeordneter kann in seinen privaten Angelegenheiten nicht mit seiner eigenen Verwaltung und damit seinen eigenen Bediensteten über Genehmigungsverfahren verhandeln. Seine falschen Aussagen mir gegenüber haben zudem unser Vertrauensverhältnis erheblich beeinträchtigt.

Ich beabsichtige daher, Ihnen die Abwahl von Herrn Klipp zu empfehlen und diesen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung im November zur Abstimmung zu stellen.

Zunahme der Flüchtlingszahlen und Unterbringung in Potsdam

Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden im Jahr 2015 rund 800.000 Menschen nach Deutschland flüchten. Abzusehen ist aber, dass diese Zahl überschritten wird. Ministerpräsident Woidke geht beispielsweise von einer Million Flüchtlingen aus.

Auf Grundlage der offiziellen Prognose besteht in der Landeshauptstadt Potsdam folgende Situation:

Das Aufnahmesoll im Jahr 2015 beträgt 1.596 Personen. Das bedeutet, dass 616 Flüchtlinge in diesem Jahr mehr aufzunehmen sind, als ursprünglich geplant.

Aktuell sind in Potsdam bereits 622 Flüchtlinge aufgenommen worden. Damit sind allein in 2015 noch 974 Flüchtlinge unterzubringen. Das Land hat der Landeshauptstadt Potsdam für die verbleibenden vier Monate des Jahres 2015 ein Aufnahme-Soll von monatlich 225 Flüchtlingen vorgegeben. Somit arbeiten wir mit höchster Priorität an neuen Unterbringungsmöglichkeiten.

Wir werden ein Bündel aus kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen ergreifen. Ziel ist es weiterhin, Zelte und Schulturnhallen zur Unterbringung zu vermeiden und die Menschen dezentral in der Stadt zu verteilen. Dennoch müssen wir für weiter steigende Zuweisungen vorbereitet sein.

Die Landeshauptstadt wird in den kommenden Wochen die Kapazitäten erweitern. Bisher stehen zehn Unterkünten mit 815 Plätzen zur Verfügung. In den kommenden Monaten werden mehr als 700 neue Plätze geschaffen. Dafür werden in einem ersten Schritt die bestehenden Unterkünte samt Notbetten voll ausgelastet, Zimmer in Pensionen und Saisonkräfteunterkünften angemietet, weitere 41 Wohnungen der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam belegt, neue Unterkünte in der Berliner Straße 79 und An den Kopfweiden eröffnet.

Zudem werden weitere Möglichkeiten wie die Anmietung von Schiffs-Pensionen sowie das Aufstellen von Leichtbau-Hallen auf verschiedenen Grundstücken in Babelsberg, Drewitz und anderen Stadtteilen als Notunterkünfte vorbereitet.

Weitere Unterkünte, die möglichst bald eröffnen sollen, sind ein Haus in der Berliner Straße sowie eine bisherige Gewerbeimmobilie im Handelshof.

Die Kommunen sind in dieser Woche vom Ministerpräsidenten aufgefordert worden, den Notfallplan in Kraft zu setzen. Daher wird die „Preußenhalle“ in Groß Glienicke für solch einen Notfall, der vor allem bei einer sprunghaften Erhöhung der Zahlen eintreten könnte, vorbereitet. Dort könnten dann kurzfristig 70 bis 100 Menschen untergebracht werden. Der Ortsvorsteher wurde vorab über diese Maßnahme informiert, die Bewohnerinnen und Bewohner der Waldsiedlung werden aktuell persönlich angeschrieben.

Aufgrund der neuen Herausforderungen habe ich verwaltungsintern eine Task Force unter Leitung von Frank Thomann, Fachbereichsleiter Gesundheit und Soziales, eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wird mir und der Beigeordneten Elona Müller-Preinesberger wöchentlich über aktuelle Ergebnisse der Arbeit berichten. Ich schlage Ihnen zudem vor, die transparente

Kommunikation zwischen der Verwaltung und Ihnen zu verbessern. Ich würde daher die Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung für die Flüchtlingsunterbringung begrüßen. In diesem sollten Mitglieder aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sitzen. Dies ist meiner Meinung nach der beste Weg, um Sie zeitnah zu informieren und in die Entscheidungsprozesse einzubinden.

Um die Flüchtlingsbetreuung durch die Verwaltung sicherstellen zu können, sollen in einem ersten Schritt ab dem kommenden Jahr neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden. Der entsprechende Antrag liegt Ihnen heute zur Entscheidung vor. Auch das Jugendamt bereitet sich auf die Gesetzesänderung ab dem kommenden Jahr vor. Demnach werden mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge als bisher in Potsdam erwartet. Bisher war vorgesehen, dass Potsdam als Schwerpunktjugendamt fungiert. Aufgrund der gestiegenen Zahlen ist von der Landesregierung jedoch davon Abstand genommen worden. Nun sollen alle Jugendämter minderjährige Flüchtlinge betreuen.

Meine Damen und Herren,

bitte erlauben Sie mir die Gelegenheit zu nutzen, um mich bei allen Potsdamerinnen und Potsdamern für Ihre gelebte Willkommenskultur herzlich zu bedanken. Mit der zunehmenden Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden nimmt in Potsdam erfreulicherweise auch die Bereitschaft zu, sich persönlich zu engagieren und mit Sachspenden zu unterstützen. Ich bedanke mich bei allen Potsdamerinnen und Potsdamern für diese große Hilfsbereitschaft.

All diese Aktivitäten erfordern natürlich auch ein hohes Maß an Koordination. Seit dem 15. Juli hat die Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam sowohl die Koordinierung der Nachbarschaftsinitiativen als auch die an den Bedarfen orientierte Vermittlung von Sachspenden übernommen. Täglich gehen dort dutzende Anrufe und E-Mails mit Hilfsangeboten ein.

Leider müssen wir aber auch von einer gewissen Zunahme rassistisch motivierter verbaler und körperlicher Angriffe auf Menschen, die hier Zuflucht suchen, sprechen. Deutlich erklären wir all jenen, die das friedliche Zusammenleben stören, Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft angreifen, dass wir dies in unserer Stadt nicht dulden. Treten wir gemeinsam ein für ein tolerantes und friedliches Miteinander! Dieses Miteinander zu demonstrieren werden wir alle am 19. September beim 8. Potsdamer Fest für Toleranz in Groß Glienicke unter dem Motto: „Grenzen überwinden – Gemeinsam Zukunft gestalten“ Gelegenheit haben. Ich lade Sie alle nach Groß Glienicke ein, gemeinsam ein deutliches Zeichen zu setzen!

Reise nach Ungarn

Der Rektor der Universität Szeged, Herr Prof. Gábor Szabó, hat mich zu einem Besuch in Szeged eingeladen, um die kulturellen, bildungspolitischen und wissenschaftlichen Verbindungen nach Potsdam zu stärken, besonders in der Hochschulbildung.

Die 433 Jahre alte Universität von Szeged ist eine der bedeutendsten Universitäten von Ungarn. 30.000 Studenten studieren an 12 Fakultäten. Die Universität ist eine der fünf größten Studienzentren Ungarns. Sie war von 2003 bis 2014 unter den besten Universitäten der Welt. Die Universität Potsdam hat bereits enge Verbindungen in der Vergangenheit geknüpft.

Szeged ist Hauptstadt der ungarischen Tiefebene und ein Zentrum für Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft mit 200.000 Einwohnern. Neben einem Treffen mit dem Rektor der Universität werde ich auch mit dem Bürgermeister László Botka zusammentreffen.

Szeged ist außerdem eine bedeutende Stätte des Kanu- und Kayak-Sports in Ungarn, sodass mir auch diese Anlagen gezeigt werden.

Es wird darüber hinaus sicher Gelegenheit geben, sich auch zur Flüchtlingssituation in Europa auszutauschen.

Bauarbeiten in der Straße „Zum Kirchsteigfeld“

Der planmäßige Abschluss der Arbeiten in der Straße „Zum Kirchsteigfeld“ ist derzeit nicht gefährdet. Für die Stadtverwaltung als Auftraggebers ist maßgebend, dass die vertraglich geschuldete Leistung in Qualität und vorgegebener Gesamtbauzeit erbracht wird. Dies ist auch in diesem Fall so. Grundsätzlich ist die Art der Umsetzung der Baumaßnahme Sache des Auftragnehmers.

Eine Unterbrechung der Arbeiten in den letzten beiden Tagen war einer unplanmäßigen Verlängerung eines Bauschritts geschuldet. Heute wurden die Arbeiten wieder aufgenommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“